

**// BREMISCHER GEWERKSCHAFTSTAG AM 22.-23. NOVEMBER 2017 //**

**Beschluss GT 17/17**

**Unterfinanzierung der Oberschule beenden!**

Der Bremische Gewerkschaftstag fordert den Bremischen Senat und die Senatorin für Kinder und Bildung auf:

1. Der Senat möge die chronische Unterfinanzierung der Oberschule beenden und ein „Finanzierungsprogramm für Grund- und Oberschulen“ beschließen. Als die dringendsten Aufgabenbereiche können benannt werden:
  - die unzureichende Ausstattung der sonderpädagogischen Förderung im Rahmen der Inklusion
  - die unzureichende Ausstattung des Ganztages
  - die unzureichende Ausstattung bei der Integration von Flüchtlingskindern in den Vorklassen und anschließend im Regelunterricht
  - die unzureichende Ausstattung der Schulsozialarbeit
  - das Fehlen einer ausreichenden Vertretungsreserve bei Krankheit zur Reduzierung von Unterrichtsausfall

Als erster Schritt muss eine echte Angleichung – also ohne Einbeziehung der Schulbaukosten – der Bildungsausgaben pro Schüler/in an den allgemeinbildenden Schulen in Bremen (7600 €) an das Niveau der Stadtstaaten Hamburg (9500 €) und Berlin (9200 €) erfolgen (Zahlen vom Statistischen Bundesamt 2017).

Soziale Chancengleichheit, wirkliche Inklusion und Integration können nur durch die Überwindung des Zwei-Säulen-Modells und die Einführung einer 'Schule für alle Kinder' verwirklicht werden.

Die GEW erwartet, dass sich die fortschrittlichen Kräfte in Bürgerschaft und Senat diese Zielvorstellung zu eigen machen.

Die Senatorin für Kinder und Bildung ist aufgefordert, der sozialen Segregation als Folge der gegenwärtigen Aufteilung der Schülerschaft im

Alter von 10 Jahren zwischen Oberschule und Gymnasium entgegenzuwirken.

Dazu fordern wir:

- Die Klassengrößen an Oberschulen auf maximal 20 Kinder zu begrenzen, so dass eine differenzierte und individualisierte Förderung leistungsschwacher wie auch leistungsstarker Kinder im gemeinsamen Unterricht möglich wird.
  - Oberschulen und Gymnasien müssen die besonderen Aufgaben der Inklusion von Kindern aller sonderpädagogischen Förderschwerpunkte wie auch die Integration von geflüchteten Kindern in gleichen Anteilen übernehmen.
  - Oberschulen und Gymnasien ermöglichen tatsächlich alle Abschlüsse.
  - Die Finanzierung muss den ungleichen Ausgangsbedingungen der einzelnen Oberschulen Rechnung tragen.
  - Hierfür müssen die existierenden Sozialindikatoren für die Ortsteile der beiden Städte zusammen und nicht nur innerhalb der Stadtgemeinden ausgewertet werden.
2. Die Entscheidung, die Oberstufenzentren aufzulösen zu Gunsten einzelner Oberstufen an Oberschulen, war ein Fehler, weil die kleinen Oberstufen der Oberschulen nur ein vergleichsweise eingeschränktes Kursangebot vorhalten können. Zudem drohen die Oberschulen ohne Oberstufe sich zu Restschulen zu entwickeln.
- Wir fordern, dass die Oberstufen der Oberschulen und der beruflichen Gymnasien zu Verbänden zusammengefasst werden, um attraktive Kursangebote für alle Oberschulen im Stadtteil zu ermöglichen.

Darüber hinaus wird der Landesvorstand der GEW aufgefordert, in zeitlicher Nähe zum Abschlussbericht der Expertenkommission zur Evaluation der Oberschule eine Pressekonferenz anzusetzen, auf der die Praxis-Evaluation der GEW und die hier formulierten politischen Forderungen der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.